

Gewaltprävention braucht Versorgung – nicht Kontrolle

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz beobachtet mit Sorge die aktuelle öffentliche und politische Debatte im Zusammenhang mit Gewalttaten und psychischer Erkrankung. Was als politischer Beitrag zur öffentlichen Sicherheit und Gewaltprävention diskutiert wird, droht in Wahrheit zu einem gefährlichen Rückschritt zu werden. Maßnahmen wie Meldepflichten, Registerlösungen und eine verstärkte Datenweitergabe an Sicherheitsbehörden sind fachlich nicht geeignet, Gewalt wirksam zu verhindern. Stattdessen führen sie weg von Schutz und Hilfe, hin zu Kontrolle und Überwachung, wodurch Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen forciert und der Zugang zu notwendiger Behandlung erschwert wird.

Psychische Erkrankungen sind nicht per se mit erhöhter Gewaltbereitschaft verbunden. Gewalt entsteht in der Regel aus dem Zusammenspiel verschiedener Risikofaktoren wie Armut, Isolation, Drogenkonsum, Vernachlässigung oder früheren Gewalterfahrungen.

In Hinblick auf die sehr kleine Gruppe psychisch erkrankter Menschen, die fremdgefährdendes Verhalten zeigen, ist die wirksamste Gewaltprävention eine fachgerechte psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung, sowie der Zugang zu Unterstützungsangeboten zur sozialen Teilhabe und Integration für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Bereits jetzt existieren die rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. PsychKHG, Berufsordnung), die notwendig sind für die psychotherapeutischen und psychiatrischen Behandlungen im Kontext von Fremdgefährdung.

Die Vertreterversammlung fordert:

- Vertrauen und Schweigepflicht zu erhalten. Meldepflichten ohne evidenzbasierten Nutzen dürfen nicht ausgebaut werden.
- Gesetze zum Schutz von Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht in Instrumente der Überwachung und Stigmatisierung zu verkehren.
- Psychotherapeut*innen in Diskussionen und Debatten durchweg mit einzubeziehen.
- die frühzeitige Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, ambulant, stationär und aufsuchend als einzig wirksame, humane und ethisch vertretbare Form der Prävention auszubauen.
- die Entwicklung spezialisierter Präventionsangebote wie die Präventionsambulanzen in Bayern auf Landesebene aufzubauen und zu fördern.
- Sozialpsychiatrische Versorgung zu erhalten und Sozialpsychiatrische Dienste (SpDi) gezielt zu stärken und zu fördern.

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz setzt sich daher für eine Stärkung der psychosozialen Versorgungssysteme als zentralen Beitrag zur Sicherheit der Gesellschaft ein.